

Protokollauszug

aus der
67. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 02.07.2003

öffentlich

**Top 6.20 Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes zur Anpassung des Platzange-
botes an eine bedarfsgerechte Versorgung für das KITA - Jahr 2003/2004 und
2004/2005
03/SVV/0495
an Gremium überwiesen**

Beschlusstext:

Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes zur Anpassung des Platzangebotes an eine be-
darfsgerechte Versorgung für das KITA – Jahr 2003/2004 sowie 2004/2005

1. Bereitstellung von insgesamt **8047** Plätzen in Kindertagesstätten und Tagespflege. Die Tagespflege ist weiter auszubauen.
2. Die Verteilung der Platzangebote auf alle 69 Kitas gemäß Anlage ist Bestandteil des Beschlusses und legt die Belegung der Einrichtungen pro Altersgruppe im Jahresdurchschnitt fest. Ein zusätzlicher Bedarf wird nur für Potsdamer Kinder gemäß § 1 Kita-Gesetz erfüllt und gemäß 16 (2) Kita-Gesetz finanziert.
3. Neuaufnahmen von Vorschulkindern aus anderen Gemeinden werden ab 01.09.03 nicht mehr finanziert.
4. Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren, die nach § 1 Abs. 2 Kita-Gesetz keinen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung haben, werden ab 01.09.03 nicht mehr finanziert. (Änderung Kita-Gesetz gemäß Artikel 1 des Gesetzes zur Entlastung der Kommunen von pflichtigen Aufgaben, Landtagsbeschluss vom 21.5.03)
5. Schließung der restitutionsbelasteten Kita K.-Marx-Str. 22 in 14482 Potsdam zum Zeitpunkt der Bereitstellung eines Ersatzstandortes durch den AWO Kreisverband.
6. Eine Erweiterung von Betreuungskapazitäten ab 8/04 erfolgt nicht. Die Verwaltung wird beauftragt, über eine bedarfsgerechte Verteilung der Belegung jährlich im Zusammenwirken mit freien Träger zu entscheiden.
7. Aufhebung der Haushaltssperren und Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zu Lasten der in der Anlage 2, Blatt 1 genannten Deckungsquellen.

Der **Ältestenrat empfiehlt die Überweisung** in den Jugendhilfeausschuss.

Die Vorlage wird durch die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz Frau Müller eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Geywitz, Fraktion SPD, beantragt:

Überweisung in den Jugendhilfeausschuss zur **abschließenden Behandlung**.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Reiß, Fraktion SPD, beantragt:

Überweisung in den Rechnungsprüfungsausschuss.

Abstimmung:

Der Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 1 Ja-Stimme.

Abstimmung:

Die **Überweisung** der DS 03VV/0495 **in den** Jugendhilfeausschuss – mit der Maßgabe der Beschlussfassung – wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Beschlusstext:

Abstimmungsergebnis: